

Presserklärung

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft schlägt den Bürgerrechtler Stephan Hilsberg zum Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen in Sachsen-Anhalt vor

Die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) hat am 1.4.2010, in einem Schreiben an Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, den Bürgerrechtler und Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei in der DDR Stephan Hilsberg zum neuen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen des Landes Sachsen-Anhalt vorgeschlagen.

Der Dachverband der Opferverbände der SBZ/DDR - Diktatur ist davon überzeugt, dass nur eine solch integere und über alle Parteigrenzen als kompetent anerkannte Persönlichkeit wie Stephan Hilsberg den Glaubwürdigkeitsverlust und moralischen Schaden, den Gerhard Ruden hinterlassen hat, beheben kann.

Die Mitglieder der UOKG sind sowohl über das menschliche Versagen, wie über die aktuelle Uneinsichtigkeit des früheren Landesbeauftragten Ruden, zutiefst enttäuscht. Aus eigener Erfahrung ist uns Opfern klar, dass mancher, der in die Maschinerie der Stasi geraten ist, schwach werden konnte.

Den Umgang, den Gerhard Ruden aber kürzlich mit den Enthüllungen zu seiner Person an den Tag legte, lässt uns an seiner menschlichen Integrität zweifeln. Durch seine Behauptung, „Wenn einer verhaftet wird, dann hat er ja in erster Linie selbst daran Schuld“, macht er sich zum Apologeten der Stasi und des Unrechtsstaats DDR. Sie offenbart, dass Gerhard Ruden weder fachlich, noch moralisch für das Amt des Stasi-Beauftragten qualifiziert war. Wahrscheinlich hat ihm nur seine Karrieresucht, die ihn einst zum Denunzianten seines Freundes Heiko von der Heyde werden lies, motiviert, das Amt des Stasi-Beauftragten zu übernehmen.

gez. Rainer Wagner
Bundsvorsitzender der UOKG